

«Regierung torpediert rot-grüne Politik»

Verkehrspolitik Das ambitionierte Ziel, den motorisierten Verkehr zu reduzieren, wird klammheimlich beerdigt

VON NICOLAS DRECHSLER

«Die Regierung, insbesondere Verkehrsdirigent Hans-Peter Wessels und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr nehmen den Volkswillen nicht ernst!» Wenn solche verbalen Kanonen aufgeföhren werden, dann geht es in Basel meist um eines: die Verkehrspolitik. Und so ist es auch dieses Mal. Der Präsident der Umwelt-Verkehrs und Energiekommission, Michael Wüthrich (Grüne), ist der Kanonier. Und feuert Salve um Salve ab: «Die rot-grüne Regierung torpediert rot-grüne Anliegen,» sagt er beispielsweise. Der Grund für Wüthrichs Attacken ist im regierungsrätlichen Bericht zu einer Initiative des Gewerbeverbandes zu finden. Da steht unten auf der zweitletzten Seite: «Wäh-

«Das Ziel wäre nur mit drastischen Massnahmen erreichbar. Und diese sind bei einer Volksabstimmung nicht mehrheitsfähig.»

Daniel Hofer Sprecher BVD

rend der Regierungsrat gewisse Forderungen der Initiative, vor allem die Aufhebung des unrealistischen Reduktionsziels für den motorisierten Individualverkehr, als durchaus sinnvoll begrüsst...» Was bis anhin nur angedeutet wurde, ist nun also offizielle Mehrheitspolitik im Regierungsrat: Die Reduktion des motorisierten Verkehrs um 10 Prozent, die das Volk 2010 beschlossen hatte, ist nicht machbar. Daniel Hofer, Sprecher des Bau- und Verkehrsdepartementes von Hans-Peter Wessels, erklärt: «Das Ziel wäre nur mit drastischen Massnahmen erreichbar. Und diese sind bei einer Volksabstimmung nicht mehrheitsfähig. Das haben die letzten Abstimmungen klar gezeigt.»

Volk hat umentschieden

Das Nein des Stimmvolks zum Erlenmatttram und die Ablehnung der Strasseninitiative wertet man im BVD offensichtlich als Richtungsentscheide. «Das liegt daran, dass man alles völlig falsch



Insbesondere der Pendlerverkehr belastet Basels Strassen.



M. Wüthrich JUN H.-P. Wessels NIZ

anpackt», ereifert sich Wüthrich. «70 Prozent unseres Verkehrs röhrt von den Pendlern her. Aber die wollen die Regierung und der Gewerbeverband nicht verärgern.» Darum nehme die Regierungsmehrheit auch in Kauf, dass im Gundeli und im Kleinbasel «die Hälfte der Anwohner mit Stickoxid-Belastungen über dem Grenzwert» leben müssten. Der angesprochene Gewerbeverband freut sich auf seiner Onlinepräsenz darüber, dass seine Initiative beim Regierungsrat auf so viel Verständnis stösst: «Insbesondere positiv zu bewerten ist die Einschätzung des Regierungsrates zur bestehenden Regelung über die Reduktion der Verkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs.»

Grüne ohne Verständnis

Unzufrieden sind die Gewerbler dagegen damit, dass die Regierung nicht auf die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs verzichten will. Diese sei in der Verfassung festgehalten, argumentiert der Regierungsrat hier. Daniel Hofer lässt zudem Wüthrichs Vorwürfe, die Regierung mache zu wenig, um den Verkehr einzudämmen, nicht gelten. «Wir haben eine leichte Reduktion beim motorisierten Individualverkehr. Und das angesichts steigender Zahlen bei der Bevölkerung und bei den Arbeitsplätzen.» Doch diese Aussage beruhigt Harald Friedl, den Präsidenten der Basler Grünen, nicht wirklich. Er ist zwar deutlich gelassener als sein Parteikollege Wüthrich, aber auch er sagt «Ich verstehe diese Aussage der Regierung nicht. Es ist ein ganz klar geäussertes Anliegen der Bevölkerung, den motorisierten Individualverkehr um zehn Prozent zu reduzieren.»

NACHRICHTEN

NEUBESETZUNG

Jäggi wechselt von «20 Minuten» zu «Telebasel»

Der Basler Regional-TV-Sender «Telebasel» hat einen neuen Chef für seine Onlineaktivitäten gefunden. Der Sender meldet, Adrian Jäggi, der seit 16 Jahren beim Basler Büro von «20 Minuten» arbeitet, wechsle an die Steinschanze. Dort soll er die «Konvergenz» weiter ausbauen. (BZ)

SERVICELEISTUNG

Gratisluft fürs Velo vom Universitätsspital

Das Universitätsspital (USB) bietet neu 24 Stunden zugängliche Velopumpen an. Wie das USB mitteilt, wolle man «mit den öffentlichen Pumpstationen einen Beitrag für die Attraktivität des Velofahrens in der Region Basel leisten.» Sie seien zudem Teil des Mobilitätskonzeptes für Mitarbeitende. (BZ)

ALTLASTEN

EVP will alte Schulden eintreiben

Die EVP Riehen wittert einen Geldsegen. In einem Vorstoss wird der Gemeinderat gefragt, ob man von den Besitzern des eben erst umgezogenen Altersheims Humanitas nicht noch Geld zu gut habe. Als das Heim Ende der 60er-Jahre gebaut wurde, hatte die Gemeinde den Investoren 350 000 Franken Gemeindebeiträge bewilligt. Da nun das Gelände verkauft werde, sei die Gemeinde an allfälligen Gewinnen zu beteiligen. (BZ)

Neuer Anlauf gegen hohe Zeitschriftenpreise

Grenznähe Gerade in der Region ärgern sich viele über die Kosten für deutsche Magazine - nun interveniert die Politik.

VON DANIEL BALLMER

Über 18 Franken muss hinblättern, wer am Badischen Bahnhof ein «Geo.Wissen» kaufen will. Statt rund neun Euro wie im deutschen Weil am Rhein oder Lörrach, beide nur einen Katzensprung von Basel entfernt, muss der Schweizer Kunde rund das Doppelte berappen. Ähnlich sieht es aus bei «Spiegel», «Stern» oder «Brigitte woman». Regelmässig ärgern sich Kunden über die grossen Preisunterschiede, die für kaum jemanden nachvollziehbar sind. Denn mit der anhaltenden Frankenstärke hat sich die Situation noch verschärft. Auch hier kaufen deshalb immer mehr im Ausland ein. Die hiesigen Geschäfte können kaum etwas tun, denn die Preise werden meist monopolähnlich festgelegt.

Genug ist genug. Nun ergreift die nationalrätliche Wirtschaftskommission (WAK) die Initiative und legt der Grossen Kammer dazu eine Motion vor. Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat, zusammen mit dem Preisüberwacher und der Wettbewerbskommission (Weko) dafür zu sorgen, dass es nicht zu «unangemessen hohen Differenzen» zwischen in- und ausländischen Zeitschriften

preisen kommt. Oder anders: Die Schweizer Preise für ausländische Zeitschriften müssen runter. «Schliesslich besteht deswegen schon lange ein Unbehagen», sagt WAK-Präsidentin Susanne Leutenegger Oberholzer. Wie die Basler SP-Nationalrätin anmerkt, seien bisher aber sämtliche Versuche an der politischen Diskussion gescheitert.

Lösung noch weit entfernt

Auch in diesem Fall waren sich die Kommissionsmitglieder nicht einig. Die Motion wurde mit 15 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen. Sie verlangt eine «möglichst effiziente und unbürokratische Lösung» und nachhaltige Preissenkungen. «Wir wissen selber aber nicht genau, wie das Ziel erreicht werden soll», räumt Leutenegger ein. «Klare Preisvorgaben waren bisher ja auch nicht mehrheitsfähig.» Eine Lösung scheint demnach noch weit entfernt zu sein.

Die Kommission hat damit eine parlamentarische Initiative von Dominique de Buman nochmals aufgegriffen, die sie im Juni noch abgelehnt hatte. Sie hielt die von dem jurassischen CVP-Nationalrat vorgeschlagene Ergänzung im Kartellgesetz für kaum durchsetzbar. Preise von ausländischen Zeitschriften würden von ausländischen Verlagen festgesetzt. De Buman will bei den Preisbindungen von Unternehmen für Wiederverkäufer ansetzen und das Kartellgesetz entsprechend anpassen: Preisbindungen sollten insbesondere

bei missbräuchlich hohen Preisen von der Wettbewerbskommission untersagt werden können, auf Antrag des Preisüberwachers.

Für die Wirtschaftskommission war das aber auch keine Lösung. In verschiedenen Anhörungen habe sich nämlich gezeigt, dass sich der Preisüberwacher und die Weko die Verantwortung gegenseitig hätten zuschieben wollen, erklärt WAK-Präsidentin Leutenegger.

Auch auf anderen Ebenen laufen weiterhin Bemühungen im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz. So hat eine breit abgestützte Allianz mit Vertretern aus Parteien und Verbänden eine nationale Volksinitiative für faire Importpreise lanciert. Auch dies war eine Reaktion auf das Scheitern der Politik. So war der Nationalrat 2014 auf die Revision des Kartellgesetzes gar nicht erst eingetreten. Vorgesehen war etwa, ausländische Unternehmen dazu zu zwingen, ihre Waren zu bestimmten Preisen in die Schweiz zu liefern.

Geht es nach der WAK des Nationalrats, soll nun der Bundesrat ebenfalls nach einer Lösung suchen und dem Parlament einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Persönlich zeigt sich Leutenegger allerdings wenig zuversichtlich: «Ich habe da wenig Hoffnung», sagt die SP-Nationalrätin. «Bisher hat sich der Bundesrat im Kampf gegen die Hochpreisinsel nicht sehr initiativ gezeigt.»

Forschung

Bei Lassafieber den Kollaps verhindern - und Leben retten

Das Lassafieber verläuft in vielen Fällen tödlich. Forschende der Uni Basel haben nun an Mäusen aufgeklärt, wie es im Endstadium des hämorrhagischen Fiebers zum gefährlichen Kreislaufversagen kommt. Damit ebnen sie den Weg für neue Behandlungsansätze.

Über Ausscheidungen von Nagetieren können sich Menschen mit dem Lassavirus infizieren und viele davon erkranken schwer. In mehreren westafrikanischen Staaten kostet das Virus immer wieder Menschenleben. Eine Schutzimpfung existiert nicht. Warum es im Endstadium dieses hämorrhagischen Fiebers zu einem gefährlichen Schockzustand kommt, war bisher nicht vollständig geklärt.

Forschende um Daniel Pinschewer von der Universität Basel haben nun bei Versuchen mit Mäusen Botenstoffe des Immunsystems identifiziert, die den tödlichen Kreislaufkollaps auslösen. Demnach reagiert der Körper auf das Virus mit der Produktion von Stickstoffmonoxid, was aber nur bei Bakterien sinnvoll ist. Die Basler Forscher setzen nun bei dem Botenstoff an, mit dem die T-Zellen des Immunsystems die Fresszellen zur Stickstoffmonoxid-Produktion animieren.

Behandelten die Forschenden die Mäuse mit einem Hemmstoff, der den Botenstoff Interferon-gamma blockiert, erlitten die Tiere keinen Kollaps und überlebten weitgehend, schreibt die Uni Basel. (SDA)